



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

11. Juni 2021
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Beschäftigte und Patienten in Pflegeheimen – Opfer der Profitgier privater Konzerne

Corona hat die schier unmenschliche Belastung auf die Spitze getrieben, unter der die Beschäftigten in den Pflegeheimen wegen des extremen Personal-mangels arbeiten müssen.

Sie kriegen erst kurz vor Monatsbeginn ihren Schichtplan, und der wird dann noch ständig umgeworfen. Sie wechseln spontan mitten in der Woche von Spätauf Frühschicht, springen an freien Tagen für kranke Kollegen ein. Auf der Arbeit herrscht Dauerstress. All das für Löhne, die kaum bis zum Monatsende reichen!

Am schlimmsten sind die Zustände in den kommerziellen Pflegeheimen. Fast die Hälfte aller Pflegeheime gehört mittlerweile solchen kommerziellen Unternehmen, die mit den Heimen Gewinn machen wollen – unter anderem dadurch, dass sie ihre Beschäftigten ohne jeden Tarifvertrag zu Niedriglöhnen ausbeuten.

Mit Schichtdienst 7 Tage die Woche, tags wie nachts, verdient eine Pflegehelferin hier inklusive aller Zulagen im Schnitt nur 1.500 Euro netto – in Ostdeutschland sogar noch mal mehrere hundert Euro weniger. Und selbst das nur, wenn sie überhaupt eine Vollzeitstelle bekommt. Denn obwohl es an Pflegekräften mangelt, bekommt ein ganzer Teil von ihnen nur Teilzeitverträge.

Ganz zu schweigen von all denen, die in den Heimen putzen, Essen zubereiten oder Freizeitangebote betreuen, und die fast alle weniger als HartzIV verdienen.

Angesichts der wachsenden Empörung darüber haben CDU und SPD kurz vor der Bundestagswahl angekündigt, dass sie zumindest die schlimmsten Auswüchse bei den Löhnen beseitigen wollen. Doch selbst das stimmt nicht. Denn ihre neue „Pflegereform“ legt nur fest, dass es in allen Pflegeheimen künftig einen Tariflohn geben soll. Wie hoch der Lohn sein muss, ist aber völlig offen.

Die privaten Pflegeheime können also auch in Zukunft dieselben Niedriglöhne zahlen wie jetzt. Sie müssen sie nur in einen Tarifvertrag schreiben.

Ihr Pflegegesetz ist ein weiterer Beweis, dass wir Arbeitenden von den Politikern freiwillig nichts bekommen werden. Für jede auch noch so kleine Verbesserung müssen wir selber kämpfen!

Selbst wenn die Politiker ihren Gesetzen einen „sozialen“ Anstrich geben, schützen sie in Wahrheit die Interessen der Kapitalisten. Und die wollen sich das gute Geschäft mit den Pflegeheimen nicht vermessen lassen.

In diesem kranken System nämlich ist die Versorgung hilfebedürftiger Menschen ein „Markt“ geworden – und zwar einer, der aufgrund der steigenden Lebenserwartung immer weiter wächst. Viele Kapitalisten haben uns, unsere Eltern und Großeltern als „Kapitalanlage“ entdeckt: mit einer Profitmarge, die fast so hoch ist wie in der Autoindustrie!

Die zwei größten privaten Pflegeheimbetreiber, beides Aktiengesellschaften, sind ein Musterbeispiel hierfür. Da ist die Korian-Gruppe, die in den letzten Jahren zig Pflegeheime aufgekauft hat und damit wirbt, ihren Aktionären wachsende Gewinnmargen zu beschern. Und die Alloheim Seniorenresidenzen, die seit vier Jahren einem Investmentfonds gehören, dessen erklärtes Ziel es ist, Pflegeheime durch „Rationalisierungsmaßnahmen“ für Anleger profitabel zu machen.

Es gibt aber nur einen Weg, Profite mit Pflegeheimen zu machen: Indem man einen Teil des mickrigen Budgets von Staat und Pflegekassen sowie des Geldes, das die Familien zahlen müssen, nicht für die Pflegedürftigen benutzt, sondern es auf die Konten der Aktionäre überweist.

Dieses Budget reicht schon in den gemeinnützigen Einrichtungen von Diako-

nie oder AWO absolut nicht. Doch wenn man davon auch noch einen Teil abzweigt, um es den Kapitalisten zu schenken, hat es katastrophale Folgen.

Es bedeutet, dass die privaten Pflegeheime gnadenlos sparen. An der Zahl der Beschäftigten. An den Löhnen. Am Essen. An den Freizeitangeboten für die Bewohner. An Allem.

Es bedeutet, dass extrem unterbezahlte Beschäftigte den ganzen Tag wie am Fließband arbeiten und kaum Zeit für ein nettes Wort, geschweige denn eine Unterhaltung haben. Dass die Bewohner isoliert dahinvegetieren. Dass teilweise nicht einmal genug Material und Zeit für einfache Hygienemaßnahmen da ist.

Und eben weil die herrschenden Parteien den Kapitalisten alle Möglichkeiten lassen wollen, Profit zu machen, sind sie nicht bereit, an diesen unmenschlichen Zuständen irgendwas zu ändern.

Es ist eine Schande, wie Menschen hier im Alter leben müssen, nachdem sie Jahrzehnte gearbeitet und unsere Generationen großgezogen haben!

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Wir hätten alle Möglichkeiten, um der älteren Generation ein Leben in Würde, mit Respekt und menschlicher Zuwendung zu ermöglichen. Ein Leben, in dem es abwechslungsreiche, anregende Aktivitäten in und außerhalb der Pflegeheime gibt. Ein Leben, das nicht isoliert vom Rest der Gesellschaft stattfindet.

Doch im Kapitalismus, in dem alles auf Profit ausgerichtet ist, ist dies nicht möglich. In ihm sind wir nur Werkzeuge, die den Kapitalisten dazu dienen, sich zu bereichern. Damit wir als Menschen zählen, müssen wir die Gesellschaft grundlegend anders organisieren. Und zwar so, dass Wirtschaft und Reichtum dem obersten Ziel dienen, allen Menschen ein würdiges Leben zu sichern.

Namibia:**Die deutsche Kolonisierung und der Völkermord haben Folgen... bis heute**

Endlich – nach 110 Jahren hartnäckiger Weigerung – hat die deutsche Regierung die Vernichtung der Herero und Nama in der ehemaligen deutschen Kolonie Namibia als das anerkannt, was es war: Völkermord.

1884 besetzte der deutsche Imperialismus das Gebiet des heutigen Namibia und machte es zu seiner Kolonie. Die einheimische schwarze Bevölkerung wurde zu Menschen zweiter Klasse erklärt, ohne jegliche Rechte. 15.000 weiße Siedler, hauptsächlich Deutsche, kamen und nahmen sich einfach das gesamte fruchtbare Land. Die Stämme, die vorher auf diesem Land lebten, wurden vom Militär brutal verjagt. Die Farmen, die die weißen Siedler gründeten, raubten außerdem den nomadischen Hirtenvölkern das lebenswichtige Weideland für ihre Tiere.

Zwei dieser Völker, die Herero und die Nama, begannen 1904, sich gegen ihre Unterdrückung und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage durch die deutsche Kolonialherrschaft zu wehren. Sie belagerten Militärstationen, blockierten Bahnlinien und überfielen Handelsniederlassungen. Und anfangs waren sie den überraschten Kolonialtruppen weit überlegen.

Doch dann schickte das Deutsche Reich 15.000 Soldaten nach Namibia, um die Revolte der unterdrückten Völker mit aller Gewalt niederzuschlagen. Der Generalleutnant, der das Kommando führte,

gab den Befehl, alle Angehörigen der aufständischen Völker umzubringen: Männer, Frauen und Kinder. Und genau das passierte. Als es den deutschen Truppen gelang, große Teile der Aufständischen gefangen zu nehmen, wurden Zehntausende jeden Alters und Geschlechts erschossen oder zum Sterben in Konzentrationslager gesteckt.



Einem Teil der Herero gelang es, in die Wüste zu fliehen. Doch die deutschen Truppen umzingelten sie mit einem 250 Kilometer langen Absperrgürtel, vergifteten das Trinkwasser der wenigen Wasserstellen und warteten, bis alle Herero verdurstet oder verhungert waren.

65.000 der insgesamt 80.000 Herero und die Hälfte der 20.000 Nama wurden

innerhalb von vier Jahren umgebracht. Das Deutsche Reich war bereit, zwei ganze Völker auszurotten, um für längere Zeit jeden Widerstand gegen ihre imperialistische Ausbeutung Namibias zu ersticken.

Jahrzehnte haben deren Nachfahren dafür gekämpft, dass die deutsche Regierung zugibt, dass dies Völkermord war. Es ist ein moralischer Sieg für sie, dass dies nach 110 Jahren endlich geschieht und die deutsche Regierung eine kleine symbolische Entschädigungssumme von 1,1 Milliarden Euro zahlt.

Doch ihre imperialistische Unterdrückung geht weiter. Die Nachfahren der Herero und Nama leben wie die große Mehrheit der schwarzen Bevölkerung in Namibia noch immer als Menschen zweiter Klasse. 70% des Farmlandes ist noch immer in Händen weißer Farmer, darunter nicht wenige Nachfahren deutscher Kolonisten – während die Schwarzen, die 95% der Bevölkerung ausmachen, zu Armut verdammt sind.

Auch von dem Reichtum an Bodenschätzen (Diamanten, Gold, Uran), die die schwarzen Arbeiter unter extrem gefährlichen Bedingungen abbauen, profitieren neben einer kleinen einheimischen Elite vor allem die westlichen Firmen in Europa und Australien.

Ihre Ausbeutung und Unterdrückung wird erst mit dem Sturz der imperialistischen, kapitalistischen Weltordnung ein Ende haben.

AfD erneut über 20%: Eine ernste Gefahr...

Die Sorge, die AfD könnte stärkste Kraft werden, hat viele Menschen in Sachsen-Anhalt doch noch einmal dazu gebracht, die CDU zu wählen. Für diese und die anderen Parteien ist das Problem damit erledigt. Sie können in ihren üblichen Koalitionen weiterregieren. Doch wir Arbeitenden haben keinen Grund, uns erleichtert zurückzulehnen. Denn die AfD hat wieder über 20% der Stimmen bekommen.

Damit verfestigt sich in mehreren Bundesländern eine Partei als zweitstärkste Kraft, die uns mit ihrer rassistischen Hetze zu spalten versucht. Sie trägt dieses Gift in die Betriebe, wo der Zusammenhalt aller Arbeitenden lebenswichtig ist. Es etabliert sich eine Partei, die reaktionäre Ideen fördert, gegen Frauen, gegen die Wissenschaft, gegen Homosexuelle... und die engen Kontakt zu rechtsradikalen Schlägertrupps hat. All das ist eine Gefahr für die gesamte Arbeiterklasse!

* * * * *

...die nur wir Arbeitenden bekämpfen können

Und wir können uns nicht auf CDU, SPD, Grüne und Co. verlassen, um diese Gefahr zu bekämpfen. Im Gegenteil! Die CDU in Sachsen-Anhalt hat längst einen ganzen Teil des AfD-Programms selber übernommen. Außerdem schaffen CDU, SPD, Grüne und Co. den Nährboden für die AfD: Mit all ihren Einsparungen in Krankenhäusern und Kitas, ihrer Erhöhung von Heiz- und Spirituskosten, mit der ständigen Verschlechterung all unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen – und mit ihrer Arroganz gegenüber allen, die täglich kämpfen müssen, um den Alltag zu bewältigen.

Das gilt ganz besonders in Ostdeutschland, wo die soziale Krise viel weiter vorangeschritten ist und alleine die Löhne (auch 30 Jahre nach der Wende) im Schnitt 25% niedriger sind als in Westdeutschland. Die Wahlergebnisse in Ostdeutschland sind daher eine Warnung an alle, ein Vorgeschmack auf das, was passieren kann, wenn die soziale Krise im gesamten Land schlimmer wird.

Nur ein gemeinsamer Kampf der Arbeitenden gegen Entlassungen und Lohnrückerei, gegen die Verschlechterungen der Regierungen und für unsere sozialen Interessen kann auch den Rechtsextremen den Boden entziehen.

Steuererhöhungen für Konzerne? Mehr Schein als Sein

Die Finanzminister der G7-Staaten (der sieben reichsten Staaten der Welt) haben Anfang Juni erklärt, dass sie sich für eine weltweite Mindeststeuer von 15% auf Profite einsetzen wollen – und dafür, dass die Gewinne internationaler Großkonzerne nicht mehr nur in dem Land versteuert werden, in dem sie ihren offiziellen Firmensitz haben. Die Medien feiern dies als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer gerechten Besteuerung. Finanzminister Scholz spricht gar von einer „Steuerrevolution“. Was für ein schlechter Scherz!

Die geplante Mindeststeuer liegt weit unter dem Steuersatz, der in vielen Ländern heute gilt. In Deutschland zum Beispiel werden Konzerne im Schnitt mit 29% besteuert. Ein weltweiter Mindeststeuersatz von 15% wird die Kapitalisten garantiert anspornen, eine Senkung der Steuern in Deutschland und vielen anderen Ländern zu fordern... im Namen der

Gleichberechtigung.

Dabei werden die Steuern auf Gewinne ohnehin schon seit Jahren überall gesenkt. In Deutschland zum Beispiel sind sie allein seit 2008 von knapp 40% auf jetzt 29% gesunken.

Dennoch ist selbst das den Konzernen noch zu viel. Viele haben daher ihren Firmensitz in Steueroasen verlagert und zahlen so fast keine Steuern. Das soll sich mit der geplanten Steuerreform ändern. Laut den G7 müssten die 100 größten Konzerne (allen voran Google, Apple und Amazon) dann insgesamt 123 Milliarden Dollar mehr an Steuern zahlen. Dies gibt eine Idee davon, was für unfassbare Profite diese Konzerne miten in der Krise machen!

Selbst wenn diese Steuerreform tatsächlich eines Tages ohne neue Schlupflöcher für die Konzerne umgesetzt werden sollte, was sehr unwahrscheinlich ist:

Wem würden diese zusätzlichen Milliarden dann zugutekommen? Sollen wir ernsthaft glauben, dass sie für die einfache Bevölkerung genutzt würden? Nein.

Seit Jahren besteht die Rolle der Staaten immer mehr darin, den Kapitalisten möglichst viel öffentliches Geld zur Verfügung zu stellen, in Form von Konjunkturpaketen, Privatisierungen, Subventionen, Rüstungsaufträgen... Dass einzelne internationale Großkonzerne wie Amazon, die sich extrem bereichert haben, vielleicht ein klein wenig mehr besteuert werden, ändert daran absolut gar nichts. Die Staaten würden dieses Geld anderen Kapitalisten geben, um die Profite innerhalb der kapitalistischen Klasse etwas gleichmäßiger zu verteilen.

Wenn wir wollen, dass die gigantischen Profite tatsächlich der Bevölkerung zugutekommen, müssen wir Arbeitenden dies selber in die Hand nehmen!

Meyer-Werft: Fünf Wochen im Jahr ohne Lohn arbeiten?

Auf der Meyer Werft in Papenburg, die große Kreuzfahrtschiffe baut, haben am Montag über 1.500 Arbeitende gegen einen dreisten Angriff der Firmenleitung protestiert. Diese will 660 von ihnen entlassen. Gleichzeitig aber sollen die übrigen 3.500 Beschäftigten 200 unbezahlte Überstunden pro Jahr machen.

Jeder soll also jährlich fünf Wochen zusätzlich ohne Lohn arbeiten – und in der Zeit die Arbeit der 660 entlassenen Kollegen machen? Diese krasse Verschlechterung für alle (außer für die Firmenbosse und ihre Profite) wollen die protestierenden Arbeitenden nicht zulassen.

Die IG Metall ihrerseits fordert, keine Festangestellten zu entlassen, sondern stattdessen weniger Arbeitende von Subfirmen zu beschäftigen. Sprich: Die Arbeitenden der Subfirmen sollen entlassen und deren Arbeit umsonst von den Festangestellten mitgemacht werden. Mit dieser „Forderung“ ist die Gewerkschaft nicht besser als die Firmenleitung.

Jede Spaltung schwächt die Arbeitenden, und am Ende verlieren alle. Um den Angriffen der Firmenleitung so zahlreich und stark wie möglich Widerstand leisten zu können, brauchen sie im Gegenteil eine Perspektive, die sie alle vereint: Erhalt aller Arbeitsplätze (bei Stammpersonal wie Subfirmen) und Aufteilung der vorhandenen Arbeit unter Allen – bezahlt von den aufgehäuften Profiten der letzten Jahre!

Kolumbien: eine Revolte, die seit über zwei Monaten nicht an Kraft verliert

Seit dem 28. April finden in Kolumbien ununterbrochen Demonstrationen und Streiks gegen die wachsende Armut und die brutale Politik des rechten Präsidenten Ivan Duque statt.

Die Ankündigung der Regierung, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel zu erhöhen und von den ärmsten Arbeitenden mehr Einkommenssteuer zu verlangen, hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Seitdem breiten sich die Proteste im ganzen Land aus. Angesichts ihres Ausmaßes zog die Regierung die Steuerreform schnell wieder zurück, ebenso geplante Angriffe auf das Gesundheitswesen. Doch da war es schon zu spät. Längst geht es den Demonstranten und Streikenden um viel mehr.

Sie fordern ernsthafte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut, in der die Hälfte der Bevölkerung leben muss. Sie fordern kostenlose Hochschulbildung, bessere öffentliche Dienstleistungen, bessere Arbeitsbedingungen und Renten.

Präsident Duque versucht, die Proteste mit brutalen Mitteln zu ersticken. Seit Beginn der Revolte hat die Polizei bereits über 60 Menschen getötet, hat hunderte verprügelt, verhaftet oder „verschwinden“ lassen. Hinzu kommen paramilitärische Gruppen, „private“ bewaffnete Banden, die einzelne Demonstranten öffentlich hinrichten – mit dem Ziel, die protestierende Bevölkerung einzuschüchtern und zu terrorisieren. Bislang ohne Erfolg. Stattdessen haben

die Demonstranten ihrerseits in verschiedenen Teilen des Lande Straßensperren errichtet, um sich gegen die bewaffneten Einheiten zu wehren.

Auch der Versuch des Präsidenten Duque, die Bevölkerung der Stadt Cali – dem Herzen des Aufstandes – zum Schweigen zu bringen, indem er tausend Soldaten in die Stadt einmarschieren ließ, bewirkte das Gegenteil: Landesweit antworteten die Menschen mit weiteren Demonstrationen und Streiks.

Angesichts dieser Staatsmacht, die auf die dringenden Sorgen der Bevölkerung und insbesondere der jungen Generation einzig mit Verachtung und Gewalt antwortet, haben die Protestierenden nicht vor, klein beizugeben.

Rente mit 68? Nein, mit 60!

Die Berater des Wirtschaftsministeriums haben erklärt, das Rentenalter müsse noch weiter erhöht werden, „zunächst“ auf 68 Jahre!

Sie wissen dabei ganz genau, dass kaum jemand so lange arbeiten kann. Entweder weil es körperlich und gesundheitlich nicht mehr geht – oder schlicht deshalb, weil man in dem Alter gar keinen Job mehr bekommt. Sie wissen, dass jede weitere Erhöhung des Rentenalters daher nichts anderes ist als eine weitere Kürzung der Renten. Dass damit weitere Hunderttausende Menschen nach jahrzehntelanger Arbeit zu einem Leben an der Armutsgrenze verdammt werden.

Doch die Berater behaupten, es gehe nicht anders. Sie kommen mit dem alten Argument: Da wir (zumindest im Durchschnitt) länger leben, wären unsere bisherige Rente sonst „nicht mehr bezahlbar“. Von wegen!

Die Produktivität ist seit Jahren gewachsen. An einem Tag erarbeiten wir heute genauso viel Reichtum wie früher an zwei Tagen, in 30 Jahren so viel wie früher in 60 Jahren. Doch gelandet ist dieser zusätzliche Reichtum bei den Kapitalisten, deren Kontostände wachsen und wachsen.

Von dort müssen wir den Reichtum zurückholen. Dann ist auch genug Geld für unsere Renten da – sogar für höhere und frühere Renten für alle!



Jetzt im Wahlkampf beteuert natürlich jede Partei, dass es mit ihr keine Verschlechterungen bei der Rente geben werde. CDU-Wirtschaftsminister Altmaier erklärte, „eine Erhöhung des Rentenalters ist momentan kein Thema“. Ja, „momentan“!

Doch wer auch immer gewählt wird: Nach der Wahl wird die neue Regierung die Raten für die gigantischen Schulden eintreiben, die sie in der Pandemie vor allem zur Rettung des Großkapitals und seiner Profite gemacht hat. Sie werden uns angreifen, werden bei uns sparen und kürzen wollen – nicht nur bei der Rente.

Wir Arbeitenden dürfen uns daher von ihren Wahlkampfreden nicht einlullen lassen, im Gegenteil. Wir müssen uns heute schon darauf vorbereiten, uns gemeinsam gegen diese Angriffe zu wehren.

Vonovia: Parasiten gehen shoppen

Für satte 18 Milliarden Euro hat Vonovia den zweitgrößten Wohnungskonzern Deutsche Wohnen gekauft – und zwar von unserem Geld!

1 Milliarde Euro bekommt Vonovia vom Staat geschenkt. Sie müssen für den Kauf nämlich keine Grunderwerbssteuer zahlen: dank einer Ausnahme in einem Gesetz, das CDU und SPD erst vor kurzem verabschiedet haben. 2 weitere Milliarden bekommen sie vom Land Berlin, das ihre 20.000 marodesten Wohnungen kauft – deren Sanierung nun obendrein die öffentlichen Kassen bezahlen müssen.

Das übrige Geld sollen die Beschäftigten einbringen, durch Entlassungen und Arbeitsverdichtung wie so oft bei Fusionen. Und die Mieter, durch weitere überhöhte Mieten und Nebenkosten, Verzögerungen bei Reparaturen und andere Schikanen.

Alle bezahlen... außer diejenigen, die als einzige von dem Kauf profitieren: die Aktionäre, die die zusätzlichen Gewinne kassieren.

Opel: Proteste gegen „freiwillige“ Entlassungen

Bis Ende des Jahres sollen weitere 2.100 Arbeitsplätze (der noch verbliebenen 15.000) bei Opel in Deutschland abgebaut werden. Die Gewerkschaft hatte dieser krassen Arbeitsplatzvernichtung Anfang 2020 auch noch zugestimmt – unter dem armseligen Vorwand, dass niemand offiziell entlassen werde, sondern nur „Freiwillige“ mit Abfindung gehen würden.

Doch mitten in der Krise gibt natürlich keiner freiwillig seinen Job auf. Und so greift die Firmenleitung zu immer drastischeren Mitteln. Sie haben ein ganzes System eingeführt mit Schikanen, Mobbing, Drohungen, individuellen Lohnkürzungen von teilweise mehreren hundert Euro... Alles, um tausende Arbeitende „freiwillig“ aus dem Betrieb zu ekeln.

Gleichzeitig sollen alle anderen Arbeitenden noch mehr ausgepresst werden als vorher. Die Firmenleitung will die Pausen in den Werkshallen und an den Fließbändern verkürzen, das Arbeitstempo erhöhen, den 8-Stunden-Tag aufweichen und im Eisenacher Werk sogar die 6-Tage-Woche einführen.



Unter den Arbeitenden wächst die Empörung über die Bosse des Peugeot-Citroen-Konzerns, zu dem Opel gehört und der Milliardengewinne macht, indem er die Arbeitenden zermalmt. Angesichts dieser Stimmung hat auch die IG Metall ihren Ton geändert. Ende Mai hat sie zum zweiten Mal zu Protesten aufgerufen, an der Arbeitende aller Standorte teilnahmen. Ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:
für 13 € pro Jahr!